

Bewerbungsbedingungen

Das Vergabeverfahren erfolgt auf Grundlage der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO).

Für das Vergabeverfahren, das Angebot und die Vertragsdurchführung ist ausschließlich in deutscher Sprache zu kommunizieren.

1. Hinweispflicht bei Unklarheiten

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Interessenten / Bieters Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat er die IKK - Die Innovationskasse (nachfolgend: IK) unverzüglich vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen. Die Hinweispflicht besteht insbesondere für den Fall, dass das Leistungsverzeichnis und / oder die Leistungsbeschreibung nach Auffassung des Interessenten / Bieters nicht oder nicht vollständig die erforderlichen Leistungen beinhaltet.

2. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

- 2.1 Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.
- 2.2 Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen der IK, Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3. Bieterfragen / Kommunikation

- 3.1 Etwaige Fragen der Interessenten zum Vergabeverfahren sind ausschließlich elektronisch über das Deutsche Vergabeprotal (DTVP) zu stellen. Die Fragen und die Antworten der IK werden allen Interessenten in anonymisierter Form über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt, soweit sie für die Kalkulation der Angebote und die Auftragsdurchführung relevant sind.
- 3.2 Fragen, die der IK nicht spätestens eine Woche vor Ablauf der Angebotsfrist zugegangen sind, werden weder berücksichtigt noch beantwortet; gleiches gilt für Bieterfragen, die nicht über die Vergabeplattform übermittelt wurden.
- 3.3 Mit Ausnahme von Bieterfragen ist es den Interessenten / Bietern nicht gestattet, ohne vorherige schriftliche Zustimmung der IK, Themen im Zusammenhang mit dem Vorhaben oder dem Vergabeverfahren mit den Mitarbeitern, den Mitgliedern ihrer Organe oder mit Beratern der IK zu erörtern.

4. Angebot

- 4.1 Angebote sind innerhalb der im Anschreiben genannten Angebotsfrist elektronisch über das Deutsche Vergabeportal (DTVP) zu übermitteln. Angebote, die der IK nicht auf diese Weise zugehen, werden nicht berücksichtigt.

- 4.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden; das Angebot ist ggf. an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterschreiben bzw. wie vorgegeben zu signieren.

Die Verwendung einer selbstgefertigten Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zwar zulässig; allein verbindlich bleibt jedoch das von der IK vorgegebene Leistungsverzeichnis. Abschriften oder Kurzfassungen müssen die Ordnungszahlen (Positionen) vollzählig, in der gleichen Reihenfolge und mit den gleichen Nummern wie in dem von der IK verfassten Leistungsverzeichnis, wiedergeben; sie müssen für jede Teilleistung die Ordnungszahl, die Menge, die Einheit und den Einheitspreis und alle von der IK geforderten Erklärungen und Nachweise enthalten. Auf Anforderung der IK ist der Bieter vor Zuschlagserteilung verpflichtet, das von der IK vorgegebene Leistungsverzeichnis vollständig ausgefüllt nachzureichen.

- 4.3 Änderungen und Ergänzungen der Vergabe- und Vertragsunterlagen sind nicht zulässig. Etwaige Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen (AGB) des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil. Ein Angebot, welches unter Hinzufügung / Hinweis auf die eigenen AGB des Anbieters abgegeben wird, wird i. d. R. ausgeschlossen und kann nur ausnahmsweise als Nebenangebot berücksichtigt werden, wenn die AGB als branchenüblich einzuordnen sind und die Abgabe eines Nebenangebotes im jeweiligen Vergabeverfahren ausdrücklich zugelassen ist. Die Abgabe von Nebenangeboten ist i. d. R. nicht zulässig.

- 4.4 Angebote sind form- und fristgerecht einzureichen. Dabei ist insbesondere auf die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen zu achten. Die Angebote müssen die geforderten Preise, Erklärungen und Nachweise enthalten.

Fehlen in einem Angebot die geforderten Erklärungen oder Nachweise, wird die IK die fehlenden Erklärungen und Nachweise nachfordern, sofern das Angebot nicht bereits aus anderen Gründen ausgeschlossen wird. Die fehlenden Erklärungen und Nachweise, auch solche etwaiger Nachunternehmer, sind innerhalb der gesetzten Frist – in der Regel innerhalb einer Kalenderwoche – nachzureichen. Werden die fehlenden Erklärungen und Nachweise nicht innerhalb der gesetzten Frist nachgereicht, wird das Angebot ausgeschlossen.

- 4.5 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind innerhalb der von der IK gesetzten Frist einzureichen. Werden die Unterlagen nicht vollständig und innerhalb der dafür gesetzten Frist vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen.

- 4.6 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein. Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen des Angebots sind bis zum Ende der Angebotsfrist einzureichen und müssen zweifelsfrei sein.
- 4.7 Bis zum Ende der Angebotsfrist kann das Angebot in derselben Form, wie es eingereicht wurde, abgeändert oder zurückgezogen werden; danach ist der Bieter bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.
- 4.8 Alle Preise sind in Euro mit zwei Nachkommastellen und ohne Umsatzsteuer anzugeben. Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nichts anderes ergibt, handelt es sich bei den im Leistungsverzeichnis / Preisblatt anzugebenden Preisen um Festpreise, die für die gesamte Vertragsdauer bindend bleiben.
- 4.9 Preisnachlässe werden nur gewertet, wenn sie ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und im Leistungsverzeichnis / Preisblatt eingetragen wurden. Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.
- 4.10 Für das Bearbeiten und Einreichen des Angebotes wird keine Entschädigung gewährt.

5. Zuschlag

- 5.1 Der Zuschlag wird auf das preisgünstigste Angebot erteilt, soweit in den weiteren Vergabeunterlagen nicht ausdrücklich zusätzliche Zuschlagskriterien aufgestellt wurden.
- 5.2 Bei wirtschaftlicher Gleichwertigkeit mehrerer Angebote wird demjenigen Angebot der Zuschlag erteilt, dessen Bieter seine sozialen Verpflichtungen weitestreichend erfüllt. Die in diesem Zusammenhang zu beachtenden sozialen Aspekten umfassen:
- Beschäftigung von Schwerbehinderten i. S. d. § 71 SGB IX
 - Bereitstellung von Ausbildungsplätzen
 - Beteiligung an Umlageverfahren zur Sicherung der Erstausbildung oder an Ausbildungsverbünden
 - Gleichbehandlung von Männern und Frauen
 - Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Gleichbehandlung von Beschäftigten im Unternehmen des Bieters
 - Beachtung des geltenden Gleichstellungsrecht

Bei wirtschaftlicher Gleichwertigkeit wird die IK die entsprechenden Nachweise und Bescheinigungen der zuständigen Stelle bzw. Erläuterungen der entsprechenden Bieter anfordern und bewerten.

- 5.4 Die IK wird den erfolgreichen Bieter in Textform über den Zuschlag informieren.

6. Aufklärungspflicht

Der Bieter hat auf Verlangen der IK innerhalb der gesetzten Frist die Urkalkulation und / oder die von der IK vorgegebenen Formblätter mit Angaben zur Preisermittlung sowie die Aufgliederung wichtiger Einheitspreise ausgefüllt vorzulegen. Dies gilt auch für Nachunternehmerleistungen.

7. Nachunternehmer / Bietergemeinschaft

- 7.1 Soweit ein Bieter zur Auftragserfüllung einen bzw. mehrere Nachunternehmer hinzuziehen oder das Angebot gemeinsam mit anderen Unternehmen im Rahmen einer Bietergemeinschaft abgeben möchte, hat er dies der IK unverzüglich mitzuteilen.
- 7.2 Auch die Nachunternehmer bzw. anderen Unternehmen müssen über die für die Auftragsdurchführung erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit verfügen.
- 7.3 Die IK wird dem Bieter auf entsprechende Nachfrage entsprechende Formblätter, die mit dem Angebot vorzulegen sind, übermitteln.

8. Eignung

- 8.1 Der Zuschlag wird nur auf Angebote von Bieterinnen erteilt, die über die für die Auftragsdurchführung erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit (insbesondere terminliche und kapazitive Leistungsfähigkeit) und Zuverlässigkeit verfügen und die geforderten Nachweise eingereicht haben.
- 8.2 Die IK bewertet nur Bieter als geeignet, die:
 - über die notwendige Fachkunde und ggf. erforderliche Berechtigungen sowie über ausreichende personelle und zeitliche Kapazitäten verfügen, um den Auftrag ordnungsgemäß erfüllen zu können;
 - in den letzten drei Kalenderjahren in mindestens drei Fällen vergleichbare Aufträge/Leistungen in vergleichbarem Umfang ausgeführt haben / n.
 - ihren gesetzlichen Verpflichtungen, insbesondere zur Zahlung von Steuern und Abgaben, der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, sowie zur Zahlung des gesetzlichen oder tarifvertraglichen Mindestlohns ordnungsgemäß erfüllen;
 - während der gesamten Vertragslaufzeit über eine Haftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen verfügen;
 - keine schweren Verfehlungen, die die Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellen, begangen haben;

- kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren beantragt haben und ein solches auch nicht eröffnet wurde bzw. der Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde, sich nicht in Liquidation befinden und bei denen kein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
- keiner Vereinbarung bzw. keinem Kartell i. S. d. Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) angehören.

Sofern daneben weitere Eignungsvoraussetzungen aufgestellt werden, enthalten die Vergabeunterlagen ein gesondertes Formblatt „Eignungskriterien“, aus welchem sich alle Eignungskriterien und die erforderlichen Nachweise ergeben.

- 8.3 Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis ihrer Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise, soweit die Eintragungen im Präqualifikationsverzeichnis die von der IK geforderten Eignungsangaben abdecken. Sie haben mit dem Angebot die für die Einsicht in das Präqualifizierungsverzeichnis erforderlichen Angaben, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise, zu übermitteln.
- 8.4 Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit ihrem Angebot die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“ einzureichen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmern ist die Eigenerklärung zur Eignung, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise, auch von diesen ausgefüllt einzureichen. Sind Nachunternehmer präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für Präqualifikation (Präqualifizierungsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.
- 8.5 Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Inhalte der Eigenerklärungen – auch die der benannten Nachunternehmer – auf gesondertes Verlangen durch Vorlage von Einzelnachweisen innerhalb der dafür gesetzten Frist kurzfristig nachzuweisen.
- 8.6 Für die Einzelangaben in der Eigenerklärung zur Eignung gilt Folgendes:
- Die Angaben zu den Registereintragungen sind durch entsprechende Nachweise (Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer) zu belegen.
 - Die Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung sind durch Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamtes / der Berufsgenossenschaft oder der Krankenkasse (in denen die Mehrzahl der Mitarbeitenden versichert sind) zu belegen.

- Die Angaben zur Haftpflichtversicherung sind durch eine Bestätigung des Versicherers zu belegen. Die Deckungssummen der Haftpflichtversicherung müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den mit der Auftragserfüllung verbundenen Haftungsrisiken stehen.
- Die Umsätze der letzten drei Geschäftsjahre in Bezug auf Bauleistungen und andere Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, haben in einem angemessenen Verhältnis zum Auftragsgegenstand zu stehen und müssen sich jeweils mindestens auf das Doppelte des Auftragswertes belaufen.
- In Bezug auf die übrigen Angaben aus der Eigenerklärung behält sich die IK die gesonderte Anforderung entsprechender Nachweise ausdrücklich vor. Die Bieter müssen in der Lage sein, die Nachweise kurzfristig innerhalb der dafür gesetzten Frist vorzulegen.

- 8.7 Vorsätzlich oder wider besseres Wissen abgegebene unzutreffende Erklärungen in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit führen zum Ausschluss des Angebotes.
- 8.8 Soweit ein Bieter seine Eignung gegenüber der IK bereits im Rahmen einer Vorbeauftragung innerhalb der letzten 12 Monate nachgewiesen hat, hat er die IK darauf hinzuweisen und im Rahmen seines Angebotes ggf. nur die zusätzlich geforderten auftragsspezifischen Einzelnachweise vorzulegen.

9. Bevorzugte Bieter

- 9.1 Bieter, die als bevorzugte Bieter i. S. d. § 118 GWB berücksichtigt werden sollen, müssen den Nachweis, dass sie die Voraussetzungen hierfür erfüllen, mit der Angebotsabgabe führen; wird der Nachweis nicht mit der Angebotsabgabe geführt, so wird das Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bieter behandelt.
- 9.2 Bietergemeinschaften, denen bevorzugte Bieter als Mitglieder angehören, haben mit Angebotsabgabe zusätzlich den Anteil nachzuweisen, den die Leistungen dieser Mitglieder im Gesamtangebot haben.

10. Verschwiegenheit

Die Bieter haben über die ihnen im Rahmen des Vergabeverfahrens bekannt gewordenen Informationen, insbesondere in Bezug auf die IK und den Auftragsgegenstand, Verschwiegenheit zu bewahren. Hierzu haben sie auch die bei der Erstellung des Angebotes und im Rahmen der Auftragserfüllung beteiligten Mitarbeiter sowie einbezogene Nachunternehmer und Lieferanten zu verpflichten. Weitergehende, insbesondere datenschutzrechtliche Regelungen, sind den weiteren Vergabeunterlagen zu entnehmen.

11. Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Erstellung eines Angebots im gegenständlichen Vergabeverfahren verwendet werden. Jede andere Verwendung (Veröffentlichung, Vervielfältigung etc.) ist nicht zulässig und bedarf der Zustimmung der IK in Textform.

12. Personenbezogene Daten

Soweit ein Bieter der IK personenbezogene Daten seines Unternehmens, seiner Mitarbeiter, seiner Nachunternehmer o.a. übermittelt, werden diese im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Vor diesem Hintergrund informiert Sie die IK im Folgenden über die Verarbeitung der von Ihnen übermittelten personenbezogenen Daten:

Verantwortlicher:

IKK – Die Innovationskasse
Lachswehralle 1
23558 Lübeck
E-Mail: mail@die-ik.de
Tel.: 0385 / 6373830

Dauer der Speicherung:

Die personenbezogenen Daten werden bis zur Erreichung der Erhebungszwecke bzw. bis zum Ablauf entsprechender Aufbewahrungspflichten gespeichert.

Datenschutzbeauftragter:

Herr Jörg Schröder
E-Mail: dsb@die-ik.de
Tel.: 0461 / 8119272

Betroffenenrechte:

- Auskunftsrecht, Art. 15 DSGVO
- Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO
- Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO
- Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO
- Widerspruchsrecht, Art. 21 DSGVO

Verarbeitungszweck:

- Durchführung/Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Vertragsdurchführung/-gewährleistung

Rechtsgrundlagen:

- Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO
- Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO

Beschwerden:

Die Datenverarbeitung betreffende Beschwerden sind an folgende Aufsichtsbehörde zu richten:

Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationssicherheit
Graurheindorfer Str. 153, 53117 Bonn
Tel.: 0228 / 997799-0
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de